

## Die Strategie des Genug

# Suffizienz als strategische Option gewinnt an Bedeutung

Wir müssen lernen, ohne wachsende Einkommens- und Konsummöglichkeiten sozialen Ausgleich herzustellen. Die geopolitische Konfrontation hat dieser Herausforderung eine neue Dimension hinzugefügt. Ein materielles Weniger ist Gegenstand der Suffizienzdiskussion, die damit eine gesellschaftsstabilisierende Bedeutung gewinnt. Ein Diskussionspapier des SRU hat einen notwendigen Impuls gegeben, der aufgegriffen werden sollte.

Von Rudi Kurz und Angelika Zahrnt

**S**uffizienz ist im Kommen. Die lange vernachlässigte Option, wie Nachhaltigkeitsziele auch durch Suffizienz erreicht werden können, findet neue Aufmerksamkeit. Suffizienz hat schon in den Anfängen der Nachhaltigkeitsdiskussion in den 1980er und 1990er Jahren eine wichtige Rolle gespielt (vgl. Sachs 1993; BUND/Misereor 1996). Neben dem „Anders“ und „Effizienter“ war immer auch das „Weniger“ Teil der gesellschaftlichen, nicht aber der politischen Debatte, die diese Überlegungen als Verzichtsideologie diffamierte. Der Weltklimarat IPCC hat dieses Lösungspotenzial, das in einer Veränderung der Nachfrage liegt, lange ignoriert und erst 2022 unter dem Aspekt „demand-side solutions“ aufgegriffen. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen SRU (2024) hat nun ein Diskussionspapier „Strategie des Genug“ vorgelegt, das explizit zum Ziel hat, eine breite gesellschaftliche und politische Debatte über Suffizienz als Nachhaltigkeitsstrategie anzustoßen und zu vertiefen, und vor allem die praktische Umsetzung von Suffizienz sowohl in Projekten wie in politischen Rahmenbedingungen voranzubringen.

Im Folgenden wird dargestellt, welche Bedeutung Suffizienz in der aktuellen Lage und angesichts der erkennbaren Megatrends hat und warum die Wiederentdeckung und Aufwertung dieser Strategie jetzt eingesetzt hat. Zunächst wird am Beispiel Klimaschutz gezeigt, dass die Nachhaltigkeitsziele allein durch technologische (Effizienz- und Substitutions-)Lösungen nicht (mehr) erreichbar sind. Suffizienz ist eine Option zur Schließung der Lücke.

Es wird dann auf das tatsächliche wirtschaftliche Wachstum und die Wachstumsaussichten in Deutschland eingegan-

gen und überlegt, welche Funktion Suffizienz in diesem Kontext haben könnte. Aus der aktuellen Diagnose „Wachstumschwäche“ und gestützt auf langfristige Wachstumsszenarien ist ein dauerhafter Rückgang der Wirtschaftsleistung und damit der Einkommen und des Konsums in Deutschland realistisch. Das bedeutet, dass die Erwartungen der Bevölkerung in eine weitere Zunahme des materiellen Wohlstands unrealistisch sind und korrigiert werden müssen. Diese unausweichliche Korrektur der Erwartungen kann erleichtert werden, wenn die Bürger/innen mit Suffizienz vertraut sind, wenn sie verstanden und erfahren haben, dass ihr Wohlergehen nicht allein und vorrangig von der individuellen materiellen Situation abhängig ist, sondern viele Faktoren dafür wichtig sind. Mit dieser Perspektive des insgesamt geringeren Einkommens- und Konsumniveaus und abnehmender Verteilungsspielräume bekommen die Fragen der jetzigen und künftigen Verteilung von Einkommen und Vermögen neue und größere Bedeutung und es zeigt sich gleichzeitig ein Konfliktpotenzial, das die Demokratie gefährden kann.

Die bisher realisierten vielen kleinen Suffizienzprojekte und -initiativen werden kaum die mögliche und nötige ökologische und gesellschaftlich stabilisierende Wirkung haben. Darauf muss eine Suffizienzpolitik konzipiert und implementiert werden, die gesellschaftliche Innovation und Diffusion (Ausbreitung) unterstützt, finanzielle Anreize dafür setzt und sich auch vor Verbieten nicht scheut. Für die Umsetzung wichtig ist vor allem die Vielfalt der Organisationen (zivilgesellschaftliche Netze) und der Institutionen (kommunale, regionale Infrastrukturen), die Aufbruch und Experimentieren unterstützen. Sowohl auf der Mikro- als auch auf der Makroebene wird entscheidend sein, die verbreitete Gleichsetzung von Suffizienz und Wohlstandsverlust aufzubrechen und zu entkräften. Die Verengung des Wohlstandsbegriffs auf Einkommen und deren Steigerung verzerrt die Realität (*mismeasuring*), indem sie die vielen anderen Faktoren, die den Wohlstand mitbestimmen, ausblendet. Sie hemmt dadurch vielfältige gesellschaftliche Innovation und verschließt damit Zukunftsräume.

## Suffizienz muss eine Lücke im Klimaschutz schließen

Kaum noch umstritten ist, dass die Klimaschutzziele 2045 (bzw. EU 2050) mit den bisher implementierten und geplanten Maßnahmen nicht mehr erreichbar sind (vgl. SRU 2024: 36ff.). Selbst wenn das Tempo der Dekarbonisierung durch Effizi-

enz und Substitution (Erneuerbare Energien) verdoppelt werden könnte, wäre das nicht genug. Deutschland wird sein Klimabudget überziehen und im Jahr 2045 nicht nur (geplante) Restemissionen von 50 Millionen Tonnen, sondern eher von 250 Millionen Tonnen haben (vgl. ERK 2024). Um diese Lücke zu schließen, haben Industrie und Bundesregierung (BMKW) eine Carbon-Management-Strategie (CMS) und ein Kohlendioxid-Speicherungs- und Transportgesetz (KSpTG) auf den parlamentarischen Weg gebracht, die die Rettung des Weiter-so durch die Flucht in Hochrisiko-Technologien (Carbon Capture and Storage, CCS) suchen und versprechen: Dazu gehören die energieaufwendige Abscheidung von CO<sub>2</sub> (*capture*), CO<sub>2</sub>-Deponien zunächst unter der Nordsee (*storage*) und ein neu zu errichtendes Pipelinennetz. Das ist ein ökologischer und ökonomischer Irrweg (vgl. Kurz/Spangenberg/Zahrnt 2024) – und hat dennoch politische Durchsetzungschancen.

Die Alternative wäre weniger Produktion und weniger Konsum – die Suffizienzoption. Diese Alternative ist nicht im Interesse der Industrie und ist allen politischen Parteien (noch) zu riskant, weil sie auf das Ziel des Wirtschaftswachstums festgelegt sind und dies weiter propagieren. Die Bevölkerung (und damit die Wähler/innen) sollen weiter mit diesen Wachstumserwartungen und -versprechungen leben und nicht damit beunruhigt werden, dass mit der nötigen Transformation auch Zumutungen des Weniger auf sie zukommen. Systematisch genährt werden die Wachstumserwartungen zum Beispiel von Bundeskanzler Scholz, der ein neues Wirtschaftswunder versprochen hat, ein Wachstumsbeschleunigungsgesetz durchgesetzt hat und aktuell mit dem Haushalt 2025 einen Wachstumsturbo anwerfen will.

Was könnte Suffizienz als alternative Strategie zur Schließung der absehbaren Klimaschutz-Lücke beitragen? Eine einfache Beispielrechnung kann das illustrieren: Wenn das BIP (Einkommens-/Konsumniveau) in Deutschland innerhalb von zwei Jahrzehnten um 20 % sinken würde, wären damit ceteris paribus 150 Millionen Tonnen weniger CO<sub>2</sub>-Emissionen verbunden (ausgehend von einer aktuellen Größenordnung von 750 Millionen Tonnen). Ganz geschlossen wäre damit die Lücke nicht. Die Anstrengungen bei Effizienz und Substitution dürften deshalb nicht geschwächt werden und müssten weiterhin den Großteil der CO<sub>2</sub>-Reduktion erbringen. Zur Kompenstation der verbleibenden Restemissionen wären auch weiter ökologische Lösungen (Wälder, Moore) notwendig. Ein solcher Strategiemix, der Suffizienz in erheblichem Maß einbezieht, würde Veränderungen in der gesamten Gesellschaft bedeuten und wäre damit eine fordernde und konfliktreiche Alternative. Aber der CCS-Pfad ist jedenfalls nicht „alternativlos“.

### Suffizienz als Strategie in der aktuellen Lage?

Um die Chancen und Risiken der Suffizienzoption bewerten zu können, ist es notwendig, die Analyse der ökologischen Lage (Klimaschutz, Artensterben, Stoffströme) in den aktuellen politischen und sozio-ökonomischen Kontext von Wachs-

*„Eine nüchterne ökologische und ökonomische Analyse zeigt, dass das Zeitalter des unbegrenzten Wachstums vorbei ist.“*

tumsschwäche, Krieg(en), Deglobalisierung und Verteilungskämpfen zu stellen:

- Auf der Grundlage der weitgehend unstrittigen ökonomischen Szenariorechnungen (vgl. SVR 2023) kann argumentiert werden, dass die anhaltende Wachstumsschwäche das Ende des Wachstumszeitalters sein könnte – und daher Suffizienz und Weniger ohnehin die beherrschende Themen der nächsten Jahrzehnte sein wird.
- Die globalen Megatrends, Polykrisen und Kriege treffen auch Deutschland. Militärische Sicherheit wird zukünftig große Teile der Wirtschaftsleistung und der staatlichen Ausgaben beanspruchen. Dies wird die privaten Einkommen (netto) verringern und zwingt damit zu weniger Konsum.
- Um größere Wirtschaftssicherheit (De-Risking) zu erlangen, wird die Abhängigkeit von globalen Lieferketten, insbesondere von China, verringert werden. Damit werden Globalisierungsvorteile aufgegeben (Beispiel Stahlindustrie, Solarindustrie). Die Preise für die inländischen Konsumenten werden steigen, das heißt, die Realeinkommen sinken. Das global ausgerichtete deutsche Geschäftsmodell mit hohem Exportanteil steht zur Disposition.
- Das sich abzeichnende Weniger bedeutet Verteilungskonflikte. Der Sozialprodukte-„Kuchen“ wird insgesamt schrumpfen, das heißt, das Durchschnittseinkommen wird sinken – netto noch mehr als brutto, weil auf den Staat mehr Aufgaben zukommen, die finanziert werden müssen. Wenn trotz Schrumpfungsprozess garantiert werden soll, dass sich die Lage der Ärmsten (*vulnerable groups*) nicht verschlechtert, bedeutet das zwangsläufig eine Höherbelastung aller anderen, vor allem der oberen Einkommensschichten – „tax the rich“ ist unvermeidbar. Eine höhere Staatsverschuldung bietet keinen Ausweg, weil das bei schrumpfender Volkswirtschaft zur Überlastung zukünftiger Staatshaushalte führen würde. Suffizienz leistet keinen Beitrag zur Lösung lange bestehender, vielschichtiger Verteilungskonflikte. Das Weniger können sich die Reichen leisten, die Armen bringt es in existenzielle Not, die Mittelschichten verlieren einen Teil ihres Wohlstands (soweit er an Konsumausgaben gebunden ist). Daher kommt es mehr denn je auf funktionsfähige, wachstumsunabhängige soziale Sicherungssysteme an, auf gute und allgemein zugängliche Infrastrukturen sowie auf eine friedensstiftende Verteilungspolitik.

## Lokale Suffizienzprojekte aus der Praxis

Im Zentrum der Onlinetagung „Bullerbü oder Masterplan für Nachhaltigkeit? – Chancen und Grenzen genügsamer Gemeinschaften“ im September 2024 stand die Frage: Wie tragfähig sind lokale Suffizienzinitiativen? Die Tagung wurde federführend am Institut für Kirche und Gesellschaft von Dr. Sven Rudolph und Dr. Stefanie Westermann organisiert. Kooperationspartner waren der BUND Arbeitskreis Wirtschaft und Finanzen und das Wuppertal Institut.

Forscher/innen vom Wuppertal Institut und vom Fraunhofer ISI präsentierten Erkenntnisse aus dem Horizon 2020 geförderten Forschungsprojekt FULFILL. Das Projekt untersuchte im Zeitraum 2021–2024 europaweit suffizienzorientierte Lebensstile und wie diese von kommunalen Strukturen und Politiken beeinflusst werden. Gezeigt wurde unter anderem, dass sich der fünfstufige Prozess der Ideendurchsetzung noch immer zwischen Stufe 1 „Diskussion entsteht“ und Stufe 2 „alltagsgerechte Lösungen“ befindet, es bis zu „Strukturveränderungen“ oder gar „Normalität“ aber noch ein weiter Weg ist. In Befragungen von fast 10.000 Personen und ergänzenden Gesprächen konnten nur 13% der Befragten der Kategorie eines zumindest teilweise bewusst gewählten suffizienten Lebensstils zugeordnet werden, während weitere rund 13% aufgrund geringer Haushaltseinkommen eher unfreiwillig suffizient lebten. Auch politische Maßnahmen zur Suffizienzförderung wurden von einer Mehrheit skeptisch gesehen. Aus der Analyse konkreter Initiativen zeigten sich als wesentliche positive Effekte die Förderung sozial-ökologischer Werte, einer aktiven Beteiligung und damit einhergehenden höheren Wohlbefindens, positive Spillover-Effekte und die Bereitstellung suffizienzfördernder Infrastrukturen. Als wesentliche Hindernisse wurden der Mangel an personellen und finanziellen Ressourcen, die „Trägheit des Systems“ sowie regulatorische und rechtliche Hürden identifiziert. Abgeleitet wurden daraus konkrete Politikempfehlungen wie ein kurzfristiges strategisches Management von Suffizienzinitiativen als Nischenphänomen und eine langfristige Änderung der Systemdynamik. Wesentliche Erkenntnisse aus FULFILL wurden auf der Villigster Tagung dann bei ausgewählten Projektpräsentationen unter anderem zu zivilgesellschaftlichen Suffizienzinitiativen wie der „anstiftung“, der Heidelberger „SuPraStadt“ und dem Münchner „Gutes Leben im Quartier“, aber auch zu kommunalen Initiativen wie dem Bonner Bürgerbeteiligungsprojekt „Klimaviertel“ bestätigt.

Im Rahmen des Projekts „SuPraStadt“, gefördert von 2019 bis 2014 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, entstanden im Projektverbund unter Koordination des Instituts für Energie- und Umweltforschung Heidelberg drei Reallabore. Sie dienten der Identifikation und Umsetzung von Suffizienzpraktiken. Zentral ging es um die Diffusion von Suffizienzansätzen in verschiedenen Milieus, die Evaluation ökologischer und sozialer Wirkungen von Suffizienzpraktiken und die transdisziplinäre Wissens-

integration und Zusammenarbeit in verschiedenen Akteurskonstellationen. Im Fokus standen die Bereiche Mobilität, Bauen/Wohnen und Ernährung. Im Reallabor Collegium Academicum Heidelberg entwarf eine zivilgesellschaftlich organisierte Gruppe von rund 30 Student/innen ein selbstverwaltetes Studierendenwohnheim für 220 Personen, bestehend aus einem Neubau und sanierten Altgebäuden eines US-amerikanischen Hospitals. Finanziert wurde das Projekt zu rund zwei Dritteln aus einem KfW-geförderten Bankkredit und zusätzlich aus Spenden, Fördermitteln und Sponsoring. Mit Ablauf des Projektes wurden zentrale positive Erfahrungen identifiziert, wie die Schaffung von Strukturen zum sparsamen Umgang mit Ressourcen inklusive eines flächensparenden Wohnens, die selbstbestimmte, gemeinschaftliche Gestaltung des Wohnens und des Wohnumfeldes nach eigenen Bedürfnissen zur gemeinschaftlichen Nutzung und der handwerklichen Kompetenzerwerb. Wesentliche Restriktionen solcher Projekte sind die Verfügbarkeit bezahlbarer Flächen, die jeweils (lokal) gültigen gesetzlichen Rahmenbedingungen sowie der hohe persönliche Aufwand. Die Studierenden selbst erlebten das Projekt als durchgehend positive Erfahrung gerade im Sinne einer Selbstermächtigung.

Auf der Villigster Tagung wurden auch aktuelle kommunale Mitwirkungsformate der Stadt Bonn vorgestellt. „Bonn4Future – Wir fürs Klima“, ein großes Mitwirkungsverfahren zur Klimaneutralität, brachte mehr als 200 konkrete Vorschläge zur Verbesserung des Klimaplans 2035 hervor. In den „Bönnischen Vierteln“ testeten ausgewählte Modellviertel Konzepte zur zukunftsfähigen Mobilität sowie zur Umnutzung öffentlicher Räume. Und im jüngsten Projekt entsteht ab 2024 unter zivilgesellschaftlicher Trägerschaft in jedem Stadtbezirk ein „Klimaviertel“. Mit Langfristperspektive werden dort Mitmachzentren etabliert, einerseits als zentrale Orte für Angebote wie Zukunftforen und Veranstaltungen, andererseits aber auch als Institution zur Bildung eines Netzwerks von Projektträgern und Verwaltung. Ziel ist es, im „Klimaviertel“ den Weg zur Klimaneutralität in die Breite der Gesellschaft zu tragen und lebenswerte, klimaresiliente öffentliche Räume zu schaffen. Auf individueller Ebene geht es um die Entwicklung einer Vorstellung vom guten Leben im Viertel unter den Bedingungen der Klimakrise und die Förderung von Selbstwirksamkeit. Das Projekt soll zeigen, inwiefern es gelingen kann, über klimabewegte und beteiligungserfahrene Gruppen hinaus, Bürger/innen auf dem Weg in die Klimaneutralität einzubinden, langfristig von der Zivilgesellschaft (mit-)getragene Strukturen aufzubauen und das Gemeinschaftliche im lokalen Klimaschutz zu stärken.

Die auf der Villigster Tagung vorgestellten Projekte zeigten die Vielfalt lokaler Suffizienzinitiativen, ihre Chancen und ihre Grenzen. Und so forderte Prof. Dr. Uwe Schneidewind, Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal, gerade auch vor dem Hintergrund der finanziellen Herausforderungen der Kommunen eine „radikale Entfesselung der Experimentiermöglichkeiten“.

Die skizzierten Entwicklungen werden zu massiven Belastungen führen, die auch die breite Masse der Bevölkerung in Form von sinkenden realen Nettoeinkommen spüren wird. Das wird Einschränkungen im Konsum nötig machen. Ohne Vorbereitung und Vorsorge wird das die Stabilität der Wirtschaft und die Resilienz der Gesellschaft überfordern. Suffizienz kann ein Beitrag sein, um nicht abwendbare sozio-ökonomische Belastungen zu bewältigen. Suffizienz könnte helfen, mit weniger auszukommen, indem das finanzielle Weniger durch Subsistenzarbeit und Gemeinschaftsprojekte ergänzt wird. Wenn es Menschen gelingt, mit einem materiellen Weniger ein gutes, glückliches, zufriedenes Leben zu führen, könnte das ganz wesentlich zur Resilienz von Wirtschaft und Demokratie beitragen.

## Wie kommt Suffizienz aus der Nische heraus?

Suffizienz muss die aktuelle, radikal veränderte geopolitische Lage berücksichtigen und die kumulativen Effekte, die daraus resultieren. Die politischen Risiken einer Intensivierung der Suffizienzdiskussion sind gerade in der aktuellen geopolitischen Lage in der Tat kaum zu überschätzen. Durch die „widrigen“ exogenen Faktoren wird weniger Konsum erzwungen. Wenn ein anhaltender Rückgang der Einkommen (real, netto) einsetzt, hat das aber nicht nur Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, sondern weckt auch Abstiegsängste. Die Bereitschaft für weiterreichende Debatten über ein (noch) Weniger könnte schwanden. Rechtsextreme Gruppierungen, die die ökologischen Krisen leugnen, könnten weiteren Zu-

lauf gewinnen. Aber an einer realistischen Auseinandersetzung mit der schwierigen Situation und an klaren Worten, dass es ein weiteres Wirtschaftswachstum in der bisherigen Form nicht geben wird, führt nichts vorbei.

Individuelles suffizientes Verhalten braucht förderliche und fördernde Rahmenbedingungen durch Suffizienzpolitik. Viele der möglichen Instrumente sind bekannt:

- Verbote von besonders schädlichen Verhaltensweisen und Konsumoptionen (z. B. durch ein Tempolimit)
- ökonomische Anreize: Progressive Tarife zum Beispiel für Strom, Wasser sowie Streichung aller konsumstimulierenden Subventionierungen (von reduzierten MwSt-Sätzen bis zu Entfernungspauschalen)
- öffentliche Güter und Infrastrukturen ausbauen, die für alle zugänglich und nutzbar sind und ein Ersatz sein können für reduzierte private Konsummöglichkeiten
- Arbeit: Reduzierung der Erwerbsarbeit erleichtern, (temporäres) Aussteigen, soziale Sicherung auch durch Stärkung informeller Netze
- Kultur des Weniger: Alle Bereiche des Kulturbetriebs können zum Wandel beitragen, damit Suffizienz gesellschaftliche Anerkennung findet und umweltschädliche Produkte und Verhaltensweisen, auch durch kreatives Blaming/Shaming an Attraktivität verlieren

Abhängig vom eingesetzten Instrument ergeben sich unterschiedliche Verteilungswirkungen (z. B. bei einer Öko-Verbrauchs-Steuer, bei der Zuteilung von Verbrauchs-Kontingenzen/Rationierung oder bei Verbotslösungen), die es zu beachten und gegebenenfalls zu kompensieren gilt.

Akteure und Widerstand: Jenseits der makro-ökonomischen Analyse sind die polit-ökonomischen Aspekte zu beachten. Bei der Transformation werden auch bisherige Besitzstände infrage gestellt und es werden sich Widerstandskoalitionen formieren, um diese zu verteidigen. Deren Überwindung kann nur gelingen, wenn klar ist, dass die gemeinwohlschädigenden Forderungen von Gruppeninteressen (z. B. der energieintensiven Industrie) transparent gemacht werden können und wenn die Organisation von „Gegenmacht“ in breiten Bündnissen gelingt (z. B. Umweltschutzverbände, Gewerkschaften, Kirchen, Verbraucherschutz, Sozialverbände).

Suffizienz braucht eine geeignete Kommunikationsstrategie und ein positives und integrierendes Narrativ. Die große und schwierige Aufgabe besteht darin, für einen umfassenden Kulturwandel (in relativ kurzer Zeitspanne) zu werben und Mehrheiten zu überzeugen. Es geht darum, Lebensstile und Gewohnheiten zu verändern und mit weniger auszukommen – und weiterhin das Anders und Effizienter nicht zu vernachlässigen. Dafür genügt das rationale Argument nicht. Dazu muss auch die Sphäre der Emotionen, der Narrative und Visionen angesprochen werden. Schönheit und Ästhetik, Selbstwirksamkeit und Selbstverwirklichung, Gemeinsinn und Gemeinschaft sind wichtige Dimensionen. Zwar muss als Ausgangspunkt die schwierige ökologische und politische Lage offen und ehrlich ausgesprochen werden, die „inconvenient

*„Das Potenzial einer entschiedenen Suffizienzpolitik, kann nur mithilfe vermehrter Forschung ausgeschöpft werden.“*

truth“ (Al Gore). Sie darf aber nicht als ausweglose Dystopie stehen bleiben. Wir brauchen das Erleben von Positivem – individuell, in der Gemeinschaft und in der Natur. Innovatives praktisches Experimentieren aller, unternehmerische Kreativität, Erkenntnisse der Wissenschaft werden helfen – wenn sie sich unter wachsendem Problemdruck stärker auf die tatsächlichen Probleme und Herausforderungen fokussieren. Verunsicherung und Angst dürfen nicht dominierend werden, weil das zu Blockaden führt und irrationalen (rechtsradikalen) Gedanken Raum gibt.

## Fazit und Perspektiven

Gut belegt ist, dass mit der Effizienz-Substitutions-Strategie allein die Nachhaltigkeitsziele in der verbleibenden Zeit (bzw. mit dem verbleibenden Klimabudget) nicht erreicht werden können. Eine Ergänzung ist notwendig. Das zwingt zu einer grundsätzlichen „Richtungsentscheidung“ (Habeck): Technofix versus Suffizienz. Wenn die technologischen Optionen als zu riskant abgelehnt werden, muss der Suffizienzpfad mit aller Entschlossenheit eingeschlagen werden – oder aber es müssen die Klimaschutzziele aufgegeben werden. Daher ist es auch in einer jetzt schwierigen politischen Lage unabdingbar, verstärkt über Suffizienz zu diskutieren – und relevante Maßnahmen zu implementieren (Suffizienzpolitik).

Nüchterne ökologische und ökonomische Analyse zeigt, dass das Zeitalter des unbegrenzten Wachstums und Wachstumsglaubens vorbei ist. Deshalb ist es dringend nötig, sich in Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch individuell auf Suffizienz und das Postwachstumszeitalter einzustellen. Das Diskussionspapier des SRU ist eine Einladung und Aufforderung dazu, sich als Individuum in Wirtschaft und Gesellschaft besser auf Suffizienz und das Postwachstumszeitalter vorzubereiten. Das große, unausgeschöpfte Potenzial der Suffizienzpolitik weiter auszuarbeiten, muss auch eine Aufgabe von Wissenschaft und Forschung sein.

Konkret bezogen auf das aktuelle Diskussionspapier des SRU (2024) wäre zu wünschen, dass das (neu besetzte) Gremium den Aufschlag konsequent weiterverfolgt und die Ausformulierung der Suffizienzstrategie und einer wirksamen Suffizienzpolitik zu seiner zentralen Aufgabe macht. Andere wissenschaftlichen Beratungsgremien der Bundesregierung sollten den Impuls des SRU aufgreifen und aktiv zur Schlie-

ßung der offenkundigen Lücken beitragen: der SVR im Hinblick auf die ökonomischen Aspekte (ggf. in Form eines Sondergutachtens) und der WBGU, indem er seine Analysen und Empfehlungen von 2011 wieder aufgreift.

Vom Vordenken der Wissenschaft und vom Vorleben in der Zivilgesellschaft wird abhängen, ob die Suffizienzoption in der praktischen Politik eine größere Rolle spielen wird. So-wohl Ökologie als auch Ökonomie lassen uns keine Wahl: Der Suffizienzoption kann nicht mehr ausgewichen werden – und sie kann ein Lösungsbeitrag sein.

## Literatur

- BUND/Misereor (1996): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie. Berlin/Aachen, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland/Misereor. DOI: 10.1007/978-3-0348-5088-9
- ERK (2024): Gutachten zur Prüfung der Treibhausgas-Projektionsdaten 2024. Berlin, Expertenrat für Klimafragen. [https://expertenrat-klima.de/content/uploads/2024/06/ERK2024\\_Sondergutachten-Pruefung-Projektionsdaten-2024.pdf](https://expertenrat-klima.de/content/uploads/2024/06/ERK2024_Sondergutachten-Pruefung-Projektionsdaten-2024.pdf)
- Jackson, T. (2009): Prosperity Without Growth: Foundations for the Economy of Tomorrow. London, Routledge. DOI: 10.4324/9781849774338
- Kurz, R. (2019): Post-Growth Perspectives: Sustainable Development Based on Efficiency and on Sufficiency. In: Public Sector Economics 43/4: 401–422. DOI: 10.3326/pse.43.4.4
- Kurz, R. (2023): Wachstumsunabhängigkeit: Transformation und Wohlstand erneuern – ohne Wachstum. In: Wirtschaftsdienst 103/7: 445–449. DOI: 10.2478/wd-2023-0131
- Kurz, R./Spangenberg, J./Zahrnt, A. (2024): Deponieren statt reduzieren? Ökologisches Wirtschaften 3/2024: 8–11. DOI: 10.14512/OEW390308
- Sachs, W. (1993): Die vier E's. Merkposten für einen maßvollen Wirtschaftsstil. In: Politische Ökologie 33: 69–72.
- Schneidewind, U./Zahrnt, A. (2013): Damit gutes Leben einfacher wird. Perspektiven einer Suffizienzpolitik. München, oekom. DOI: 10.14512/9783865816481
- Spangenberg, J./Kurz, R. (2022): Turn of the Times: Uncomfortable Insights, Uncertain Outlooks. ESEE Newsletter Winter 2022. <https://mailchi.mp/a99370d9b3e3/esee-newsletter-winter-2022?e=fb6863a34d>
- SRU (2024): Suffizienz als „Strategie des Genug“: Eine Einladung zur Diskussion, Diskussionspapier. Berlin, Sachverständigenrat für Umweltfragen. [www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/04\\_Stellungnahmen/2020\\_2024/2024\\_03\\_Suffizienz.html](http://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/04_Stellungnahmen/2020_2024/2024_03_Suffizienz.html)
- SVR (2023): Wachstumsschwäche überwinden – In die Zukunft investieren. Jahrestagungen 2023/24. Wiesbaden, Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. [www.sachverständigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/gutachten/jg202324/JG202324\\_Gesamtausgabe.pdf](http://www.sachverständigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/gutachten/jg202324/JG202324_Gesamtausgabe.pdf)
- Victor, P. (2008): Managing Without Growth. Slower by Design, Not Disaster. In: Environmentalist 30/2010: 362–363. DOI: 10.1007/s10669-010-9290-9
- WBGU (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Berlin, Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen. [www.wbgu.de/fileadmin/user\\_upload/wbgu/publikationen/hauptgutachten/hg2011/pdf/wbgu\\_jg2011.pdf](http://www.wbgu.de/fileadmin/user_upload/wbgu/publikationen/hauptgutachten/hg2011/pdf/wbgu_jg2011.pdf)

## AUTOR/INNEN + KONTAKT



**Dr. Rudi Kurz** war bis 2017 Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule Pforzheim und ist Sprecher des BUND-Arbeitskreises Wirtschaft und Finanzen.

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND), Kaiserin-Augusta-Allee 5, 10553 Berlin.  
E-Mail: rudi.kurz@bund.net

**Prof. Dr. Angelika Zahrnt** ist Ehrenvorsitzende des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND).

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND), Kaiserin-Augusta-Allee 5, 10553 Berlin.  
E-Mail: angelika.zahrnt@bund.net

## Sie suchen nach Perspektiven für eine lebenswerte Welt?

Die **Dossiers der Nachhaltigkeit** bieten das Beste aus den elf oekom-Zeitschriften zu jeweils einem aktuellen Thema der Nachhaltigkeit – gebündelt als digitale Ausgabe.

Neugierig? Jetzt kennenlernen!

# Dossiers

[www.dossiers-der-nachhaltigkeit.de](http://www.dossiers-der-nachhaltigkeit.de)

NEU!

